



<https://biz.li/35o7>

GRUPPE CDU/FDP: "FRAUENNEUJAHRSEMPFANG IST IN DER BESTEHENDEN FORM NICHT MEHR ZEITGEMÄSS"

Veröffentlicht am 16.02.2024 um 14:00 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung

kritisiert das aktuelle Format des Frauenneujahrsempfangs der Region Hannover. "Dieses ist im Jahre 2024 nicht mehr zeitgemäß und sollte nach 27 Jahren für alle Unterstützer der Gleichstellung in der Region Hannover geöffnet werden": Zu diesem Schluss kommt die Gruppe nach Beantwortung einer Anfrage an die Verwaltung, die gleichermaßen Fragen aufwirft. "Wir halten den Frauenneujahrsempfang der Region Hannover in dieser Form nicht mehr für zeitgemäß. Nach 27 Jahren sollte das Format geöffnet werden und sich nicht mehr nur an Frauen richten, sondern an alle, die sich für die Gleichberechtigung von Mann und Frau einsetzen", erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin der Gruppe CDU/FDP, Maria Hesse. Auf Nachfrage der Regionsabgeordneten wurde klar, dass sich der Einladungsverteiler auch 27 Jahre nach der ersten Ausrichtung weiterhin ausschließlich an Frauen richtet. Nicht einmal der Vorsitzende des neu gebildeten Ausschusses für Gleichstellung, Integration, Diversität und Antidiskriminierung wird hierzu eingeladen, weil er männlich ist. "Damit erweisen wir dem Gedanken von Gleichstellung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe einen Bärendienst und stoßen Kämpfern aller Geschlechter und sexueller Orientierungen vor den Kopf", beurteilt Maria Hesse das Festhalten an der Tradition seitens der Gleichstellungsbeauftragten der Region Hannover. Neben dem Kritikpunkt an der grundsätzlichen Ausrichtung des Empfangs werfe die Organisation der für 2024 abgesagten Veranstaltung weitere Fragen auf. "So räumt die Gleichstellungsbeauftragte keine Fehler bei der Organisation des diesjährigen Neujahrsempfangs ein, sondern spricht lediglich von einer 'schwierigen Gemengelage'. Unklar bleibt dabei, was sie damit meint. Zudem erhält die vorgesehene Rednerin weiterhin ihr Vortragshonorar, obwohl der Empfang über einen Monat im Voraus abgesagt wurde. Der vorbereitende Besprechungstermin stand noch aus", so die Gruppe CDU/FDP. "Hier erwarten wir von der Region Hannover weitere Aufklärung. Antizisionismus ist ein Ausschlussgrund, und diesen zu unterstützen, ist für die Region unwürdig", erklärt Hesse. Die Ausgestaltung von Vortragshonoraren gerade im Hinblick auf Absagen im Vorfeld dürfe nicht leichtfertig erfolgen, erklärt die Sprecherin abschließend.